

Inh

DU

OP

In

lism

Deutschland

VORWÄRTS

Sozialistische Zeitung

öS 8.-

Größte Jugendbewegung seit 1968

Widerstand

gegen Sozialraub!

Der Bleideckel der bedingungslosen Zustimmung zum Sparpaket, den Regierung und Unternehmer mit tatkräftiger Hilfe der ÖGB-Spitze auf alle betroffenen Bevölkerungsteile gedrückt haben, schien zunächst dicht zu halten. Doch dann geschah das scheinbar Unmögliche: Widerstand - zumal es in einzelnen Bereichen.

von John Evers

Österreich sah die größte Jugendbewegung seit 1968: Zehntausende StudentInnen und SchülerInnen gingen über mehrere Wochen hinweg immer wieder auf die Straße - insgesamt an die 100.000. Tenor der Proteste Richtung PolitikerInnen: „Ihr habt uns betrogen, wir wollen von euch nichts mehr wissen“. Mit dem universitären Mittelbau - der sich den Studierenden anschloß - traten immerhin mehrere tausend ArbeitnehmerInnen in den Ausstand. Durch massiven innergewerkschaftlichen Druck - Mißtrauenserklärung, Rücktrittsauforderungen..., durch Versammlungen - gelang es auch, die zuständige Gewerkschaftsspitze zur Unterstützung zu zwingen.

Die SchülerInnenAktionsPlattform (SAP) beteiligte sich an den zentralen Demonstrationen und organisierte einen mehrstündigen Schulstreik, an dem 3.000 SchülerInnen teilnahmen.

Auch Frauen haben in einer Reihe von Protestkundgebungen und Demonstrationen - nicht nur am 8. März - ihrem Unmut Luft gemacht.

Organisiert hat sich Widerstand auch im Bereich der Behindertenbetreuung. Die InteressensGemeinschaftBetriebsräInnen, die von den BetriebsräInnen der wesentlichen Behindertenorganisationen unterstützt wird, kämpft gegen die Einsparungen im sozialen Dienst (z.B. Halbiierung des Taschengeldes von Pflegebedürftigen, Reduzierung des Pflegegeldes...).

ÖGB-Mitarbeiter auf der Straße

Die Spitze des Gewerkschaftsbundes spielt auch bei Ihren Mitarbeitern

die „Sparpaketkarte“: Einmalzahlung und Abgeltung unter der Steuergerungsrate der Lebenshaltungskosten. Der ÖGB-Betriebsrat entwirft dieses Angebot als „unannehmbar“. Zu einer Protestversammlung und Demonstration kamen über 1000 ÖGB-Angestellte. Schade, daß die mitmarschierenden Funktionäre nicht in ihren Bereichen und den von ihnen betreuten Betrieben immer so konsequent die Mitgliedschaft gegen die Sozialabbaupolitik von oben mobilisieren! So verweigerte z.B. die zuständige - GPA-Führung der Bewegung der Studierenden ihre Unterstützung. Im Gegensatz dazu unterstützte der GPA-Bereich der SozialarbeiterInnen den Kampf auf den Unis.

Die Post-Gewerkschaftsführung hat, anstatt den Unmut der Postler zu organisieren, diese gebremst, und nach einem faulen Kompromiß eine geplante Protestdemonstration wieder abgesagt.

SPÖ gegen Proteste

Daß die SPÖ-Führung nicht glücklich über die Proteste gegen „ihre“ Sparpaket ist, ist klar. Daß Klima aber auf einer SPÖ-„Informationskonferenz“ der Partei-Basis Falschinformationen gibt („Die Studenten protestieren nur, weil sie wollen, daß nicht bei ihnen, sondern bei den Behinderten gespart wird“) ist ungeheuerlich. Aus Enttäuschung über den Bruch der SPÖ-Wahlversprechen hat eine Gruppe StudentInnen die SPÖ-Parteizentrale in Wien besetzt. In Diskussionen mit ihnen hat Bundesgeschäftsführerin Ederer versucht, sich einerseits darauf auszureden, daß die SPÖ hält in einer Koalition mit der ÖVP ist, und andererseits immer wieder behauptet, daß das Paket sozial ausgewogen ist. Das zeigt, wie



**VORWÄRTS -
immer aktiv!**

weil sie sich von den Problemen ihrer Parteibasis schon entfernt hat!

Bürgerliche Politiker haben schon angekündigt, daß das heurige Sparpaket nicht das letzte war. „Wir brauchen jedes Jahr ein Sparpaket“ (G. Stummvoll - Bundeswirtschaftskammer). Der nächste Schlag ist schon geplant: im Gesundheitswesen. Leistungen - wie zum Beispiel die Dauer der Krankengeldzahlungen - sollen gekürzt, Selbstbehalte erhöht werden. Weiters auf der Wunschliste: Schließung von Spitälern. Unter dem Deckmantel der Spitalsreform wird die Verantwortung an die Länder abgegeben. Und wo die Geld herholen werden, ist noch ungewiß - sicher ist nur: Auch hier werden wir voll zur Kasse gebeten werden. Es ist unwahrscheinlich, daß es den jetzigen Ansätzen einer breiteren Anti-Sozialabbaubewegung gelingt, das Sparpaket zu Fall zu bringen. Aber je mehr Widerstand geleistet wird, desto mehr Steine können wir aus diesem Paket herausbrechen. Und desto schwerer werden es die jetzige und künftige Regierungen haben, Sozialabbaupolitik zu betreiben.

Wir fordern:

- Weg mit dem gesamten Sparpaket!
- Laßt die Reichen zahlen! Denn Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen!
- Für den Aufbau einer breiten, bundesweiten Antisozialabbaubewegung.
- Druck von unten auf die ÖGB-Spitze. Wir fordern Protestmaßnahmen gegen diese Regierung und ihre Politik!

Gründungsveranstaltung

der

SOZIALISTISCHEN

OFFENSIVE

VORWÄRTS

**3. Mai 1996 um 19 Uhr
im KONGRESSHAUS**

1050 Wien, Margaretengü

Der Standpunkt:

Warum wir am 3. Mai 1996 die SOV gründen
Sozialabbau, Untersteigung von unten nach oben und eine unbeholtene Regierung sind eigentlich nichts Neues. Doch die Entwicklungen der letzten Monate haben das politische Gesicht Österreichs stark verändert. Zunächst der EU-Bericht, kurz darauf der Zusammenbruch der SPÖ bei den Wahlen 1994 inklusive dem Triumph der FPÖ. Dann kam das - nur durch ein paar lauwarme OGB-Proteste aufgeschüttete - Sparpaket I. Am Sparpaket II zerbrach die Regierung. Was folgte, war ein unter den Zeichen der „Sparphysterie“ geführter Wahlkampf. Die SPÖ gewann mit sozialer Rhetorik und Versprechungen, die später brach. Die FPÖ konnte sich auf hohem Niveau - trotz leichter Verluste - stabilisieren. Und jetzt das „100-Milliarden-Ding“, ein Paket, das den sozialen Asphalt des „österreichischen Weges“ mit Schlaglöchern übersäte. Österreich ist damit endgültig in den überall stattfindenden europäischen Prozess integriert. Ein Prozess, der darauf hinausläuft, vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise sämtliche Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung in Frage zu stellen.

Reaktion der SPÖ

Im Brennpunkt dieser Entwicklung steht die Sozialdemokratie und ihr Niedergang. Die SPÖ hat einen dramatischen Zusammenbruch ihrer Strukturen und Nebenorganisationen durchlebt. Damit einhergehend - beschleunigt durch die Ereignisse 1994 - sind alle Ansätze eines linken Flügels verschwunden. Das bedeutet, daß die Verbindung zwischen SPÖ und ArbeiterInnenklasse immer loser wird. Das hat politische Gründe: Alte ArbeiterInnenhabe die Partei durch ihre Politik frustriert. Junge Menschen kennen die SPÖ überhaupt nur mehr als eine Organisation, die konsequent auf der „anderen Seite“ steht. Ist es möglich, daß dieser Verfallsprozeß gestoppt oder gar umgekehrt wird? Wir halten das für außerst unwahrscheinlich. Bei vielen Wählen wird - aus Mangel einer starken bundesweiten Alternative - die SPÖ die meisten Stimmen von jenen Teilen der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen bekommen, die bewußt einen Rechtsruck verhindern möchten. Aber Verteilungskämpfe in der Zukunft werden - wenn in der Sozialdemokratie, dann im Bereich ihrer Gewerkschaftsfaktion - zur Stärkung linker Kräfte führen. Die Spitze der SPÖ und der internationalen Sozialdemokratie selbst ist mit jeder Bewegung von unten immer mehr nach rechts.

Politische Alternativen

Aufgrund des Fehlens einer starken, linken und unabhängigen Kraft kommt in das politische Vakuum, welches die SPÖ hinterließ, bis jetzt vor allem die FPÖ eindringt. Wir meinen, es ist in dieser Situation notwendig und möglich, eine revolutionäre sozialistische Organisation aufzubauen. Eine Organisation, die versucht, an den besten Traditionen der österreichischen ArbeiterInnenbewegung anzuschließen. Eine Organisation, die versucht, die kämpferischen und radikalen Teile der gerade beginnenden Bewegungen von unten zusammenzufassen. Und die - in Zusammenarbeit mit anderen Kräften - einen Ansatzpunkt für eine neue ArbeitnehmerInnenpartei - einen Ansatzpunkt für



Sparschweine schlachten!

Am 14.3 und 15.3. gingen 40.000 und 30.000 Menschen in Wien auf die Straße. Tausende waren es auch in verschiedenen Landeshauptstädten und in den folgenden Wochen, die protestierten. Die größte StudentInnenbewegung seit 1968.

von David Mum und Karin Wottawa

Unglaubliche Dynamik kennzeichnete die Aktionen: Mehrmals täglich Kundgebungen und Demonstrationsbesetzung der SPÖ-Zentrale, Vorlesungen in U-Bahnstationen usw... Der Streik richtete sich nicht nur gegen Verschlechterungen an den Unis, sondern wurde unbefristet gegen das gesamte Belastungspaket ausgerufen. Dieser Streik wurde vom „Audit-Max-Plenum“ - also einer Massenversammlung von Studierenden im „Auditorium Maximum“ (Hörsaal für 1.500 Leute) begonnen. Dieses täglich abgehaltene Plenum spielte eine zentrale Rolle: Hier trafen sich die Teilnehmer der ÖH, die den Streik unterstützen und die Streikenden. Durch die Teilnahme des Uni-Mittelbaus an den Protestmaßnahmen verbreitete sich die Streikfront. Beachtlich war die Medienhetze gegen den Streik. Die Kritik übte sich in Bechimpfungen, Kurier und ORF-reporten und schriebe wochenlang das Ende des Streiks herbei. Der Grund: die BürgerInnen hatten Angst, daß sich der Protest auf andere betroffene Gruppen ausdehnt. 63% Unterstützung für die Anliegen der StudentInnen haben die Regierenden und Anhänger ihrer Politik alarmiert.

Hintergründe des Unstreiks

Studierende und AssistenzmitarbeiterInnen protestierten gegen die für viele existenzbedrohenden Maßnahmen des Belastungspakets. Fehlten es bis jetzt schon an allen Ecken und Enden, verzerrt die Regierung jeglichem Gedan-

ken vom freien Hochschulzugang zum Todestoll. Die Krise an den Universitäten ist als oft (chronischer) Platzmangel, zuwenig Lehrpersonal, hohe Dropout-Rate, aber auch der bauliche Zustand mancher Universitätsgebäude und wird sich bei Beibehaltung des Pakets weiter verschärfen. Zahlreiche Lehrveranstaltungen können wegen Personalmangels nicht mehr abgehalten werden, obwohl sie zum Abschluß des Studiums unbedingt notwendig sind. Die medizinische Fakultät kündigte an, die Lehrveranstaltungen im nächsten Semester für Erstsemester gezwungen zu untersetzen. In letzter Konsequenz zu dieser Einheit nicht bereit ist: Sie suchen lieber die Einheit mit rechter Fraktionen für zahllose Resolutionen und schneiden sich damit zunehmend von der Streikbasis ab. Die Rechten und Rechtsextremisten nicht mehr gewährleistet ist, da keine Nachbesetzung der Plantenstellen vorgesehen ist. Und der meistens ohnehin schon mageren Geldbörse vieler Studierender ist es noch einmal an den Kragen: Was das Durchschnittseinkommen eines Studenten in Österreich bis jetzt 65.600,- (dieser Betrag liegt unter der in Österreich offiziell angelegten Armutsgrenze), soll es unter den Deckmantel des „möglichsterweise stattfindenden Mißbrauchs“ noch weiter gekürzt werden. Die Kürzungen können neben einer weiteren Verschlechterung der Studienbedingungen eine Mehrbelastung von bis zu 80.000,- Längen bedeuten - plus etwa 65

schweren Schlag versetzt.

SchülerInnen Aktiv

An der ersten StudentInnendemo am 14.3. beteiligten sich 3.000 SchülerInnen aus mehr als 50 Schulen. Auch bei allen anderen Demos waren jedesmal mehrere hundert SchülerInnen dabei.

Markus Zahradník, SAP

nicht durch einen Virus, sondern durch defektes Eisweiß hervorgerufen. Deswegen kann die Übertragung nur verhindert werden, wenn die infizierten Tierkörper verbrannt werden. Das bedeutet jedoch einen enormen wissenschaftlichen Schaden. Daher zögerte die britische Regierung auch lange, Teile wollten auch die neuesten Informationen nicht an die Öffentlichkeit hinzugeben (bei Katzen längst sicher). Sogar ein Spielfilm behandelt das Thema. Aber bisher wurden keine eindämmenden Maßnahmen eingeleitet. Profit ist wichtiger als Menschenleben; denn die Herren Politiker ziehen Mämlungen hinzu, solange es „keine 100%igen Beweise“ gibt. Inzwischen könnten sich hunderttausende Menschen infizieren.



Typische Fleischfresser?

Doch warum wurde die Öffentlichkeit erst jetzt offiziell von den britischen Behörden informiert - nachdem Jahrzehnt dementiert wurde? In den letzten Jahren wurde immer wieder - wenn auch vereinzelt - auf einen eher wahrscheinlichen Zusammenhang der beiden Krankheiten hingewiesen (bei Katzen längst sicher). Sogar ein Spielfilm behandelt das Thema. Aber bisher wurden keine eindämmenden Maßnahmen eingeleitet. Profit ist wichtiger als Menschenleben; denn die Herren Politiker ziehen Mämlungen hinzu, solange es „keine 100%igen Beweise“ gibt. Inzwischen könnten sich hunderttausende Menschen infizieren.

Der Wahnsinn mit dem Rind

Die offizielle Nachricht, daß „es nicht mehr ausgeschlossen werden kann“, daß der Rinderwahnismus (BSE) bei Menschen das Creutzfeld-Jakob-Syndrom (Zersetzung des Gehirns) auslöst, verbreite sich in den Medien wie ein Lauffeuer. Scheinbar plötzlich wurde es auf den Tisch gebracht.

von Karin Wottawa
JRE-Wien West

Doch warum wurde die Öffentlichkeit erst jetzt offiziell von den britischen Behörden informiert - nachdem Jahrzehnt dementiert wurde? In den letzten Jahren wurde immer wieder - wenn auch vereinzelt - auf einen eher wahrscheinlichen Zusammenhang der beiden Krankheiten hingewiesen (bei Katzen längst sicher). Sogar ein Spielfilm behandelt das Thema. Aber bisher wurden keine eindämmenden Maßnahmen eingeleitet. Profit ist wichtiger als Menschenleben; denn die Herren Politiker ziehen Mämlungen hinzu, solange es „keine 100%igen Beweise“ gibt. Inzwischen könnten sich hunderttausende Menschen infizieren.

Bereits 1991 wurden Fälle in Frankreich registriert. Die Übertragung erfolgte - nach französischen

Angaben - über aus England importiertes Tierfutter, vor allem von Schafen. Die Perversion: Da wird Rind - also reinen Pflanzenfressern - Tierfutter als Kraftfutter verfeinert, um den Gewinn zu steigern! So gelangte die Krankheit wahrscheinlich vom Schaf auf das Rind. In Österreich ist die Fütterung mit Tierfutter zwar verboten, es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß auch hierzulande verdecktes Rindfleisch auf dem Teller landet. So wird beispielsweise italienisches Sugo mit britischem Rindfleisch hergestellt. Auch die Übertragung über Milchprodukte, Arzneimittel und Kosmetika wird als möglich gesehen, weil weder durch Kochvorgänge noch durch sonstige Verarbeitungsschritte die Krankheitserreger abgetötet werden können. Die Krankheit wird

nicht durch einen Virus, sondern durch defektes Eisweiß hervorgerufen. Deswegen kann die Übertragung nur verhindert werden, wenn die infizierten Tierkörper verbrannt werden. Das bedeutet jedoch einen enormen wissenschaftlichen Schaden. Daher zögerte die britische Regierung auch lange, Teile wollten auch die neuesten Informationen nicht an die Öffentlichkeit hinzugeben (bei Katzen längst sicher).

Angaben - über aus England importiertes Tierfutter, vor allem von Schafen. Die Perversion: Da wird Rind - also reinen Pflanzenfressern - Tierfutter als Kraftfutter verfeinert, um den Gewinn zu steigern! So gelangte die Krankheit wahrscheinlich vom Schaf auf das Rind. In Österreich ist die Fütterung mit Tierfutter zwar verboten, es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, daß auch hierzulande verdecktes Rindfleisch auf dem Teller landet. So wird beispielsweise italienisches Sugo mit britischem Rindfleisch hergestellt. Auch die Übertragung über Milchprodukte, Arzneimittel und Kosmetika wird als möglich gesehen, weil weder durch Kochvorgänge noch durch sonstige Verarbeitungsschritte die Krankheitserreger abgetötet werden können. Die Krankheit wird

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber und I.d.R.: Verein VORWÄRTS
PF 182 Wien
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wippingerstrasse 23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien

300.000,- für den Nachkauf der Pensionsszeitungen.

Doch diese geplanten oder bereits durchgesetzten Belastungen treffen nicht nur die Studierenden und das Hochschulpersonal!

Unsere Rolle

VORWÄRTS trat von Beginn an für die Einheit von Streikenden und linken Öfflern, gemeinsame Plena, gemeinsame Büros, gemeinsame Delegationen, ein! Die Entscheidungswelt über den Verlauf des Streiks muß bei diesen Plena liegen. In den Bereichen, wo das - zumindest teilweise - geschafft, funktionierte der Streik bis jetzt auch am besten. Leider waren die Führungen der linken ÖH-Fakultäten (inklusive KSV) in letzter Konsequenz zu dieser Einheit nicht bereit: Sie suchten lieber die Einheit mit rechter Fraktionen für zahllose Resolutionen und schneiden sich damit zunehmend von der Streikbasis ab. Die Rechten und Rechtsextremisten nicht mehr gewährleistet ist, da keine Nachbesetzung der Plantenstellen vorgesehen ist. Und der meistens ohnehin schon mageren Geldbörse vieler Studierender ist es noch einmal an den Kragen: Was das Durchschnittseinkommen eines Studenten in Österreich bis jetzt 65.600,- (dieser Betrag liegt unter der in Österreich offiziell angelegten Armutsgrenze), soll es unter den Deckmantel des „möglichsterweise stattfindenden Mißbrauchs“ noch weiter gekürzt werden. Die Kürzungen können neben einer weiteren Verschlechterung der Studienbedingungen eine Mehrbelastung von bis zu 80.000,- Längen bedeuten - plus etwa 65

schweren Schlag versetzt.

Die Österreichische Bundesregierung will die Post aus den roten Zahlen bringen, in die sie die Post selbst gestrich hat. Jahr lang mußte sie, so wie auch im neuen Sparpaket beschlossen, ihre Gebühren und ihre Gewinne an das Budget abliefern. Gleichzeitig wurden aber von der Post neue Investitionen verlangt. Die Post mußte Kredite aufnehmen, die Zinsen dafür sind ein großer Bestandteil des Defizites. Dazu kommt noch, daß die EU-Gesetzgebung der Post verbietet, die Gewinne der Telekommunikation in die Gelbe Post (Brief und Paketpost) zu investieren.

Seite 3

Post: Privatisierung jetzt verhindern!

Mit der Privatisierung will die Regierung die Post aus den roten Zahlen bringen, in die sie die Post selbst gestrich hat. Jahr lang mußte sie, so wie auch im neuen Sparpaket beschlossen, ihre Gebühren und ihre Gewinne an das Budget abliefern. Gleichzeitig wurden aber von der Post neue Investitionen verlangt. Die Post mußte Kredite aufnehmen, die Zinsen dafür sind ein großer Bestandteil des Defizites. Dazu kommt noch, daß die EU-Gesetzgebung der Post verbietet, die Gewinne der Telekommunikation in die Gelbe Post (Brief und Paketpost) zu investieren.

list benutzt. Eine Infrastruktur, die von SteuerzahlerInnen und von PostkundInnen finanziert werden ist. Übrigens: Entgegen den Gerichten der bürgerlichen Medien sind in allen Ländern mit den privaten Telephongesellschaften auch die Gebühren gestiegen.

Ausgliederung bringt Privatisierung!

Die Österreichische Bundesregierung will die Post ausgliedern und in 3 Jahren an die Börse gehen. Was das bedeutet, zeigt das Beispiel Deutschland: Dort soll die Telekom AG noch heuer an die Börse gehen. Trotz Erfolgsgewinn somit bis zur Jahrtausendwende 60.000 Beschäftigte abgeworfen werden. Auf die Postbediensteten rollt eine Belastungshügel ab.

Durch die Zulassung privater Zustellstellen gibt es eine eindrückliche Einkommensverlust für die Multis: Sie können die Infrastruktur der Post (Kabel und Seidenanlagen) bil-

ben 80% aller Postler unter 60.000,- brutto, wobei z.B. Briefträger noch viel weniger bekommen. Auf vielen Dienststellen kam es zu Austritten aus der Gewerkschaft. Damals kündigte die oberösterreichische Postwerkschaft einen Aktionstag für den 29.2. an. Da dieser abgeblasen wurde, macht viele noch weiter.

Postler werden aktiv

Postbedienstete aus verschiedenen Bereichen haben sich zu einer „Initiative aller Postgewerkschaftsmitglieder“ zusammengetan. Auf einer Unterschriftenliste wird ein Gehaltsabschluß mit Sockelbetrag von € 1500,- pro Monat für alle Bediensteten mit unter 60.000,- brutto gefordert. Außerdem wird ein konsequenter Kampf gegen die Privatisierung verlangt. Die derzeitigen Verhandlungen der Postgewerkschaft werden - wenn sie so weiter gehen - realistisch gesehen einen faulen Kompromiß für die Postler bringen.

Daher:
Aktionstag mit Kundgebungen und Dienststellenversammlungen.



Victor Klima: Kampf für Arbeitslosigkeit und höhere Gebühren

In Wels konnte durch gewerkschaftlichen Druck die Auflösung der Paketumlaufstelle verhindert werden. Auf einen bundesweiten Vertragsabschluß konzentrierten sich die Gewerkschaften. Solche Aktionstage werden in Zukunft wiederholt werden. Auf einer bundesweiten Gewerkschaftsleutkonferenz beraten werden.

Sollte die Regierung tatsächlich Postbedienstete kündigen wollen, sofort gestreikt werden, immerhin hat die Gewerkschaft versprochen mit allen Mitteln gegen Privatisierung und Kündigungen vorzugehen.

Ist die Sparpolitik notwendig?

Die StudentInnenproteste im März brachten einen von der Regierung anfangs erfolgreich verbreiteten Mythos ins Wanken: Nämlich jenen von der „sozialen Ausgewogenheit“ des Sparpakets. Einen weiteren gilt es noch zu Fall zu bringen: Jenen von der „absoluten Notwendigkeit“ des Sparsen an sich.

von David Mum
JRE-Wien West

Durch die Regierungspropaganda und das Geschrei der bürgerlichen und staatlichen Medien wurde der Bevölkerung - leider sehr erfolgreich - in einem Anfall von ungebrachter Großeigeligkeit bei der Steuerreform 1994 auch noch Unternehmermeister abgeschafft (z.B. die Vermögenssteuer). Obwohl die Gewinne und insbesondere die Besteuerung kommt viel schneller wachsen als die Löhne und Gehälter, wachsen sie ebenfalls und sozial Schwachen wurde die Wachstumsrate gesenkt, und Europa bewegt sich schon wieder in Richtung Rezession. Und damit Richtung starker Verschuldung.

Das Defizit hat im wesentlichen zwei Elemente: Ausgaben des Staates und Ausgaben für die Zahlung von Zinsen. Stat ist bei der Zahlung von Zinsen zu sparen - das trifft das Finanzministerium.

VA-Stahl-Linz nimmt Sparpaket an

Am 18. und 19. März fanden in der Vöest-Linz Betriebsratswahlen statt. Im Arbeiterschaftsratswahltag erzielte Peter Weidner mit seiner Liste „Die Offensiven“ 4 Mandate. Ergebnis: Liste 1 - Josef Böhm (Böhm ist der Wiener Vorsitzende der Fachgruppe Tageszeitungen in der GPA) 7 Mandate, Liste 2 (eher bürgerlich) 3 Mandate. In einem mit 1020 Angestellten ein voller Erfolg für „Die OFFENSIVEN“! Dazu gratulierte der VORWÄRTS-Redaktion recht herzlich. Genosse Weidner in einem ersten Kommentar: „Es sieht sich, wie wichtig es ist, mit politischen Inhalten zu den Kollegen zu gehen. Unsere Themen wie Frauenrechte und konsequenter Kampf gegen Kinderarmut sind gut ankommen.“

Erfreuliches bei der Mediaprint: Bei der Wahl zum Angestelltenbetriebsrat erreichte Genosse Peter Weidner mit seiner Liste „Die Offensiven“ 4 Mandate. Ergebnis: Liste 1 - Josef Böhm (Böhm ist der Wiener Vorsitzende der Fachgruppe Tageszeitungen in der GPA) 7 Mandate, Liste 2 (eher bürgerlich) 3 Mandate. In einem mit 1020 Angestellten ein voller Erfolg für „Die OFFENSIVEN“! Dazu gratulierte der VORWÄRTS-Redaktion recht herzlich. Genosse Weidner in einem ersten

Kommentar: „Es sieht sich, wie wichtig es ist, mit politischen Inhalten zu den Kollegen zu gehen. Unsere Themen wie Frauenrechte und konsequenter Kampf gegen Kinderarmut sind gut ankommen.“

Die Gegenwart ist die Regierung lieber bei Ausgaben für Frauen, Behinderte, Jugendliche... Frankreich zeigt: Für Umverteilung von unten nach oben - auch wenn sie als „sinnvolles Sparen“ getarnt ist, gibt es keine „absolute Notwendigkeit“. Sie ist eine Frage der politischen Durchsetzbarkeit und des Widerstands.

beendet und sozial Schwachen wurde die Wachstumsrate gesenkt, und Europa bewegt sich schon wieder in Richtung Rezession. Und damit Richtung starker Verschuldung. Das Defizit hat im wesentlichen zwei Elemente: Ausgaben des Staates und Ausgaben für die Zahlung von Zinsen. Stat ist bei der Zahlung von Zinsen zu sparen - das trifft das Finanzministerium. Der Stimmenerfolg kommt von jenen Arbeitnehmern, die die offizielle Grundlage für die Senkung der Unternehmensbesteuerung sind - lassen sich aber kaum aufzufinden machen. Die Pleitewelle geht nun weiter, und das Wirtschaftswachstum für heuer ist mit prognostizierten 1,6% eine matte Sache! Neue Jobs gab es in den letzten Jahren nicht gegensteuert, sondern immer kleiner werdenden Teil des allgemeinen Steueraufkommens das Legale und illegale Steuerhinterziehung sind der Grund dafür.

Die wirtschaftlichen Wachstumsimpulse aus der Entlastung der Unternehmen - die offizielle Grundlage für die Senkung der Unternehmensbesteuerung sind - lassen sich aber kaum aufzufinden machen. Die Pleitewelle geht nun weiter, und das Wirtschaftswachstum für heuer ist mit prognostizierten 1,6% eine matte Sache! Neue Jobs gab es in den letzten Jahren nicht gegensteuert, sondern immer kleiner werdenden Teil des allgemeinen Steueraufkommens das Legale und illegale Steuerhinterziehung sind der Grund dafür.

Apropos Geschenke: diese wurden in letzter Zeit nicht vom jetzigen Sozialabbau Betroffen gemacht, sondern den Reichen und Unternehmen. Das Steueraufkommen aus Unternehmen und Gewinnbesteuerung sinkt seit Jahren! Die Regierung hat hier nicht nur gegensteuert, sondern immer kleiner werdenden Teil des allgemeinen Steueraufkommens das Legale und illegale Steuerhinterziehung sind der Grund dafür.

Die wirtschaftlichen Wachstumsimpulse aus der Entlastung der Unternehmen - die offizielle Grundlage für die Senkung der Unternehmensbesteuerung sind - lassen sich aber kaum aufzufinden machen. Die Pleitewelle geht nun weiter, und das Wirtschaftswachstum für heuer ist mit prognostizierten 1,6% eine matte Sache! Neue Jobs gab es in den letzten Jahren nicht gegensteuert, sondern immer kleiner werdenden Teil des allgemeinen Steueraufkommens das Legale und illegale Steuerhinterziehung sind der Grund dafür.



KAI: Internationalismus in Aktion

Bei ihren tagtäglichen Kämpfen gegen Sozialabbau, Lohnkürzungen und Angriffen auf den Lebensstandard steht die ArbeiterInnenklasse einem mächtigen Feind gegenüber - dem international organisierten Kapital. Neben den nationalen Unternehmern und den jeweiligen Regierungen - die immer stärkere Uverteilungspolitik von unten nach oben betreiben - schreitet auch die internationale Vernetzung des Kapitals ständig voran. Eine Handvoll multinationaler Konzerne regiert die Welt. Darüberhinaus gibt es verschiedene internationale Organisationen, die im Interesse des Kapitals agieren - wie den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und auch die EU.

von Sonja Grusch und David Mum

Auch die Angriffe des Staates und der Unternehmer, ihre "Argumente" für Sozialabbau und Lohnkürzungen sind über alle Grenzen hinweg gleichlautend. Der Widerstand dagegen kann nur dann erfolgreich sein wenn er international, von unten" organisiert wird. Wir müssen aus den Erfahrungen in anderen Ländern lernen und unsere Kämpfe vernetzen. Nur durch ein gemeinsames, koordiniertes Auftreten der ArbeiterInnenbewegung kann der "Standortlogik" wirkungsvoll begegnet werden. Eine "Logik", die auch immer stärker von der SPÖ- und ÖGB-Spitze vertreten wird - und in Wirklichkeit besagt, dass nur durch den Abbau sozialer Errungenschaften Arbeit geschaffen werden kann.



Sozialistischer Internationalismus

Im Grunde genommen ist die "Standortlogik" ein uralter Unternehmer-Schmaus, um die Profite zu sammeln. Die Arbeiterbewegung hat dagegen schon in ihren Anfängen ein wirksmäßiges Gegenstück entwickelt: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ Der zündende Aufruf am Schluss des 1848 von Marx und Engels verfassten Kommunistischen Manifests war der eigentliche Hauptpunkt von diesem ersten sozialistischen Programm! Schon damals war klar, dass die ArbeiterInnenbewegung nur dann ihre Ziele und vor allem eine sozialistische Gesellschaft erreichen kann, wenn sie sich nicht entlang nationalen Brüderlichkeiten ausrichtet. „Die Arbeiter haben keinen Vaterland!“ Derlei Sätze waren und sind keine Glaubensbekenntnisse für hohe Feiertage, sondern müssen in der gesamten politischen Arbeit ihren Ausdruck finden.



Karl Marx:
Gründer der I. Internationale

nate wurde 1938 gegründet, blieb aber nach dem schnellen Abheben der revolutionären Welle in Europa nach dem 2. Weltkrieg und interner Füh-

lungsschwäche ohne Masseneinfluss. Zahlreiche Spaltungen markierten in der Folge ihre Niedergang.

Einen relativ jungen Kräften, gelang es damals jedoch, die Kontinuität des Marxismus nicht abreissen zu lassen. Sie hatten eine entscheidende Rolle bei der Gründung des „Komites für einen Arbeiterinternationalismus“ im Jahre 1974. Zu dieser Zeit waren die Kräfte dieser Organisation auf wenige Länder in Europa beschränkt. Heute, nach über 20 Jahren konsequenter politischer Arbeit,

und unerfahren, um es ihren russischen Genossen gleich zu tun. Die Revolution blieb isoliert - ein wesentlicher Grund für ihre statististische Entartung. Die Ereignisse in der Sowjetunion der 20er und 30er Jahre hatten drastische Auswirkungen auf die Sektionen der III. Internationale: Sie verkamen zu außenpolitischen Aktionen der Kremlbürokratie: Ausschüsse, Säuberungen und Abschaffung der innerparteilichen Demokratie. In der Folge wurde jeder Schwenk Moskaus kritiklos von den jeweiligen KP-Führungen mitvollzogen. Die Stalinisten traten den sozialistischen Internationalismus mit Füßen. Theoretischer Ausdruck dafür ist die Theorie des „Sozialismus in einem Lande“. Die III. Internationale hatte ein wenig ruhreiches Ende. Sie wurde 1943 als KAI - als politisches Zugeständnis an die Alliierten - einfach aufgelöst.

Gegen diese Entwicklung hatte zuerst in der Sowjetunion - später auf internationaler Ebene - eine linke Opposition in den Kommunistischen Parteien gekämpft. In den 30er Jahren als die Nichtreformierbarkeit der III. Internationale offensichtlich wurde, bereitete diese Strömung um Leo Trotski die Gründung einer neuen Internationale vor. Die „IV. Internationale“ nahm sie eine internationale Traditionen position gegen den drohenden Weltkrieg ein. Dieser mifte durch Generalstreiks verhindert werden, da er ein imperialistischer Raubkrieg sei, in dem es um die Interessen des Kapitals gehe. Doch die rechten, reformistischen Teile der Sozialdemokratie stellten sich in entscheidenden Moment auf die Seite ihrer jeweiligen nationalen Kapitalistischen Klasse und machten eine „Burgfriedenspolitik“. Der Klassenkampf wurde der Nation unterordnet.

Dieser Zusammenbruch der II. Internationale 1914 bedeckte eine schlimme Niederlage für die ArbeiterInnenbewegung. Ein Wendepunkt nahm die Entwicklung jedoch mit der Oktoberrevolution 1917 in Rußland. Die Bolschewiki gehörten zu den wenigen Gruppierungen, die dem alten internationalistischen Programm der „Zweiten“ treu geblieben waren. Nun standen sie an der Spitze einer Bewegung, die eine revolutionäre Welle (1917 - 1921) und die Gründung einer neuen - der III. „Kommunistischen“ - Internationale (1919) einleitete. Leider waren die jungen Kommunistischen Parteien in anderen Ländern zu schwach

eine Frage, die sich für MarxistInnen immer wieder stellt: Wo finden wir eine geeignete Möglichkeit, für ein sozialistisches Programm möglichst viele ArbeiterInnen und Jugendliche ansprechend? Auch für die Genossen des KAI war sie aktuell. Da für die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse die Sozialdemokratie lange Zeit ein Hoffnungsträger war und sich die gesellschaftlichen Kämpfe stark in ihr widerspiegeln, war es für MarxistInnen klar, dass ihr Platz in diesen Organisationen war - mit aller Kritik an der Politik der jeweiligen Parteiführung. Ein zentral-

2003 gelang es der Labour Party, die langjährige Herrschaft der Liberalen und Konservativen in Liverpool zu brechen. Bis 1987 setzte der marxistisch geführte Labour-Stadtrat alles daran, sozialistische Wahlmaßnahmen umzusetzen. Aktivitäten gegen den Stadtrat vorzugehen. Durch die bürgerlichen Gerichte wurden 47 Städte ihres Amtes entbunden, die Labour-Politiker Party wurde suspendiert und es kam zu Ausschlüssen. Da die Tory-Regierung die Kommunen bei der Verteilung der Gelder immer stärker benachteiligte, war der

- insbesondere den Beschäftigten im öffentlichen Dienst - durch umfassende Mobilisierung der Bevölkerung (Hausbesuche, Großveranstaltungen, Stadtrat gezwungen, für sein ambitioniertes Programm Schulden zu machen. Die Gerichte verurteilten

auf den Zug auf. Etwa 18 Millionen Briten haben letztlich diese Steuer nicht bezahlt. In Schottland - wo die Bewegung am stärksten war - konnte keine einzige der strafwisen Pändungen von Haus und Einrichtung durchgeführt werden. Für Thatcher bedeutete diese Niederlage das Ende ihrer Karriere.

Jugend gegen Rassismus in Europa

Anfang der 90er Jahre kam es in den meisten europäischen Ländern zu einem Anstieg rassistischer und faschistischer Aktionen. Das KAI hat darauf auf internationaler Ebene reagiert, indem die Gründung von Jugend gegen Rassismus in Europa initiiert wurde. Tausende Jugendliche sind in Gruppen in den verschiedenen Ländern organisiert, machen Kampagnen gegen Rassisten, aber auch gegen Sozialabbau und treten auch gegen staatlichen Rassismus z.B. bei Ausländern und Asylgesuchten auf. Einer der Höhepunkte war die am 24.10.1992 von IRE organisierte europaweite Demonstration in Brüssel gegen Rassismus, an der etwa 40.000 Jugendliche aus ganz Europa teilnahmen.

Der Kampf gegen die Kopfsteuer

Ende der 80er Jahre versuchte Premierministerin Margaret Thatcher einen weiteren, entscheidenden Schritt der Unterwerfung. Mit Hilfe der Poll-Tax, der Kopfsteuer, sollte die Stellung der Armen erhöht, jene der Reichen reduziert werden. Aber ausgedehnt von Schottland und zu Massenprotesten und einer länderweiten Kampagne gegen die Steuern zu haften und sie zurückzuzahlen. Mittels einer Solidaritätskampagne konnte dieses Geld aufgebracht werden. Beispiele bürgерlicher Politiker, die für ihre Politik, die Jobs kosten und den Lebensstandard senken, persönlich haften müssen, sind uns keine bekannt.

Kampagnenarbeit vor Ort - Bremerhaven

In einem zentralen Punkt des KAI sind Kampagnen vor Ort. In Bremerhaven (Deutschland) hat die SAV (Sozialistische Alternative VORAN) - die deutsche Sektion des KAI - gezeigt, die letzte in die auch Thatcher zu Fall brachte. Militärtakt und hier besonders die schottischen Gewissenslosen haben in diesem Kampf eine fühlende Rolle gespielt. Mitarbeiter des KAI,

die gemeinsam mit den Betroffenen eine Kampagne gegen die Privatisierung der Städtow, der städtischen Wohnungssozialität, und der Gewoba, der Gesellschaft für Wohnen und Bauen, durchgeführt. Außerdem forderte die SAV u.a. einen Kindergartenplatz für jedes Kind und die Finanzierung von Arbeitsplätzen, anstatt Milliardenescoche an nutzlose Prestigekobjekte. Als Ergebnis der Verankerung, die die SAV dadurch erlangte, erhielt sie bei der Wahl am 24.9.1995 über 2,3 Prozent der Stimmen - mehr als PDS bei den letzten Wahlen. Bei einer Testwahl, bei der auch „Ausländer“ wählen konnten, erhielt die SAV 18%.

Internationale Kampagnen

Wegen ihrer politischen Arbeit wurden Unterstützer des KAI bzw. verschiedener Schwesternorganisationen von VORWÄRTS immer wieder ins Gefängnis gesteckt. Besonders bedroht waren jene, die unter einem repressiven Regime arbeiten. Wir haben daher immer wieder Solidaritätskampagnen durchgeführt. Mahmud Masaarai, ein Palästinenser in Israel, wurde für seinen Versuch, den Kampf der jüdischen und palästinensischen Arbeitergemeinsam zu organisieren, verhaftet, verurteilt und gefeuert. Erst eine internationale Protestkampagne erreichte seine Freilassung.

Wegen seines Kampfes gegen das Apartheidregime in Südafrika und für

die Kampagnen und die konkreten Forderungen können unterschiedlich sein. Aber eines verbindet alle - der Kampf gegen Kapitalismus, gegen Auseinandersetzung und Unterdrückung. Neben der konkreten Kampagnenarbeit ist die Auseinandersetzung mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung eine Hauptaufgabe. Die Krise der Weltwirt-



schaft, der verschärkte Konkurrenz- kampf zwischen den Blöcken, aber auch die Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und seinem Zusammenbruch sind wichtige Themen, die aufgearbeitet werden. Arbeiter und Jugendliche sind tagtäglich einer Flut von Informationen und Propaganda ausgesetzt. Der Behauptungen vom „Sieg des Kapitalismus“ und seiner angeblichen Überlegenheit sind allgegenwärtig. Während früher von Seiten der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wenigstens noch teilweise Kritik angebracht wurde und es systemkritische Information und Schulung gab, fehlt dies heute völlig. Der Protest und der Widerstand gegen das Versagen des Systems nehmen zu - aber das Wissen um die Alternative Sozialismus fehlt oft. Daher ist Information und Aufklärung ebenfalls ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit.

Bei einer Vielzahl von Klassenkämpfen haben Mitglieder und Unterstützer des KAI Bewegungen von Arbeitern und Jugendlichen nach besten Kräften unterstützt, viele haben wir initiiert und oder geführt.

Das KAI führt regelmäßig Diskussionen auf internationaler Ebene durch und versucht dadurch, die Basis für die Zusammenarbeit revolutionärer Organisationen und für internationale Kampagnen herzustellen.

Das KAI ist eine treibende Kraft für die Herausbildung einer Arbeiterinternationale, denn die Probleme, vor denen die Menschheit in der nächsten Periode steht, sind nur international losbar und zwar von den Arbeitern und Jugendlichen, und nicht von den Kapitalisten und ihren Organisationen.

Hoch die internationale Solidarität!



Internationale antifaschistische Demonstration in Brüssel



Demonstration für die Freilassung von Kopfsteuer-Zahlungswidergeren

Kundgebungen, Versammlungen vor den Fabrikstoren, einen mehrstündigen Generalstreik, mit 50.000 Teilnehmern einer der größten Demonstrationen in der Geschichte der Stadt) gelang es dem Stadtrat, seine Vorhaben weitgehend umzusetzen. Einführung der 35-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst bei vollem Lohn, sowie die Einführung eines Mindestlohns. Streichung von 1000 geplanten Entlassungen und Schaffung 1000 neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Bau von 5000 Sozialwohnungen und Stadtteilplanierung unter Mitwirkung der Betroffenen, dadurch Schaffung und Sicherung von 12.000 Arbeitsplätzen in der Bauwirtschaft



Vorwärts und einige seiner Schwesternzeitungen

- Reorganisierung des Schulwesens unter Einbeziehung von Schülern, Eltern und Lehrern; Neuerrichtung von 519 Lehren. Mit dieser Politik konnte Labour in Liverpool bei jeder Wahl nach 1983 seinen Stimmanteil erhöhen - zum Teil beträchtlich und gegen den landesweiten Trend. Aher anstatt diesen Weg aufzunehmen und in ganz Britannien durchzuführen, zog es die Führung der Labour Party vor, gemeinsam mit den Konservativen gegen den Stadtrat vorzugehen. Durch die bürgerlichen Gerichte wurden 47 Städte ihres Amtes entbunden, die Labour-Politiker Party wurde suspendiert und es kam zu Ausschlüssen. Da die Tory-Regierung die Kommunen bei der Verteilung der Gelder immer stärker benachteiligte, war der



Junge Marxisten

VORWÄRTS die sozialistische Zeitung gegen Sozialabbau und FPÖ und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - für Sozialismus!

Das neue VORWÄRTS kann man jetzt noch leichter abonnieren. Einfach Karte ausfüllen, Marke drauf und ab der Post!

Ja, das neue VORWÄRTS gefällt mir, deshalb möchte ich:

- Eine Probenummer gratis!
- Ein VORWÄRTS-ABO für:
- 5 Nummern zu € 50 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu € 55 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu € 50 (inkl. Porto)
- 10 Nummern zu € 50 (inkl. Porto)

Ich interessiere mich für die aktive Arbeit von VORWÄRTS und möchte:

- Ich möchte bei VORWÄRTS mitmachen.
- Zu Veranstaltungen eingeladen werden
- VORWÄRTS zum Weiterverkaufen (Bezahlung folgt nach dem Verkauf auf)
- Ich interessiere mich für Eure Materialien (Brochüren, Bücher, T-Shirts, ...)

Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!

Nein zur Spurpropaganda und Politik der Bourgeoisie! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!

Sozialabbau statt Mindestlohn - Mindestlohn von € 13.000,- netto

Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn

Für eine Bildungsoffensive. Keine Kürzung im Bildungsbereich

Nein zur Wohnungskrise! Enteignung der Spekulanter!

Für einen echten Kampf gegen die Umweltversönderung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Oko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen

Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen

Schutz mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.

Entsellschaftlicher Kampf dem Rechtssextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Gegen Den Kampf dauerhafter sozialer und ethnischer Arbeitsmarktführer und jugendliche gemeinsame führende

Ausbau und Anerkennung der politischen, sozialen und kulturellen Rechte aller in Österreich lebenden Volksgruppen und Minderheiten. Das gilt besonders für die ethnische Minderheiten. Der Kampf gegen die unregelmäßige und ungerechte Arbeitsmarktordnung

Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohn

Für eine Bildungsoffensive. Keine Kürzung im Bildungsbereich

Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle! Abschaffung aller diskriminierenden Paragraphen

Für echte Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft

Nein zu einem repressiven, regressiven, diktatorischen Sicherheitsgesetz. ATU ist erster Linie das große Gold Schätz! Für die Auflösung sämtlicher Gemeinschaften und Sonderrechte

Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärische Verbündete (z.B. NATO). Jemals Erziehung einer einzigen, einheitlichen und einheitlichen Arme

Für einen freien Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich

Nein zu Privatisierung und Zerschlagung

JETZT AKTIV WERDEN!

Kampffonds aktuell



von Sonja Grusch

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtwertes aufgezeigt, den wir erreicht haben.

März 1996:

Monatssatz zu 68,2% erreicht. Besonderer Zeitungskauf!

Eine Revolution ist nötig! Lediglich ein paar Reformen können keine grundlegende Veränderung herbeiführen. Die Arbeitsmarktordnung muss sich ändern müssen für einen Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und -wirtschaftlichen Kontrollbereich.

Nein zu Privatisierung und Zerschlagung

PSK 8812.733

Lösung des Problems heranführen können? Und wie wahr ist es, hier zu sagen: Peter Handke, und mit ihm auch sein Freund Emir Kusturica, sie geben der Welt mehr politische und soziale Wahrheiten, als alle Botschafter, Politiker, Publizisten und Moralisatoren zusammengekommen von sich geben haben!



Peter Handke verurteilt die militärische Intervention der NATO als ewige Schandtat der Nato, den Feuersturm am Trotz, die auftauchen, die einmal mehr mit niedrigen Vorwürfen anrichten. Doch Peter Handke, der immer mehr die Bedeutung dessen erfasst, was er nun darstellt, wächst in seiner Rebellion zu einer Größe auf,

die Außenpolitik seines Österreichs mithilft und gar eindrückt, daß dieses Jugoslawien ein Völkerkerker sei, in dem die Serben alle möglichen Stämme und Völker unterdrücken würden, die Aggressoren und alleinig Schuldige, für das Morden und Schlachten seien. Und er versucht unter anderem, in seinem Text zu entfalten, daß der Krieg provoziert wurde, indem die 600.000 Serben aus der Verwaltungseinheit Kroatiens in einen Staat Kroatiens überführt wurden. „Ich habe eine Frage formuliert: Könnte man das nicht auch als erste Aggression ansehen? Da habe ich nicht zurückzunehmen. Ebenso mit der Gründung des muslimischen Staates. 35% Serben auf einem plötzlich zum fremden Staatsgebiet erklärt Land, das konnte nur Krieg bedeuten. Ich frag: Wer war der Aggressor? Diese Frage kann ich auch nicht zurücknehmen.“ Und er fragt sich weiter, ob der, der den Krieg dann auch tatsächlich beginnt, auch der sein muß, der ihn verursacht hat. Und betrifft hier Peter Handke nicht Wege, vielleicht ohne es zu wollen, ohne es zu ahnen, die uns alle ein entscheidendes Stück näher an die

Zeit der großen Kontrast zum „offiziellen“ Österreich steht. Und er ahnt, daß es auch mit ihm passiert ist, dessen „Schreiber“-Leben einen Sprung bekommen hat. Einen Sprung wie bei einem Gefäß oder einen Sprung wie „hic Rodos sic salta“, da bin ich mir selbst noch nicht sicher. Werts wird dadumkommen müssen, etwas, was ich immer abgelehnt habe: Historie, Geschichte. Oder es wird überhaupt nichts mehr sein.“

Hier spricht einer, der gekonnt hat, der gereift und der gewachsen ist, und der uns hier vorschreitet, nicht als Idol oder Nachzaufender. Der „Sozialismus“ - also die Linke - hätte die Aufgabe und die Möglichkeiten gehabt, das Unheil in Jugoslawien abzuwenden. Sie hat kläglich, regional und international, versagt. Lähmung und Ohnmacht befiehl zunimmt, jene, die sich den sozialistischen Prinzipien weiterhin verbunden fühlten, geächtet und verleumdet wurden sie, wenn sie versuchten, gegen den Strom zu schwimmen. Der Künstler Handke, er tut es und füllt die Lücke mit seiner Größe und auch mit seinem Ruhm, und dadurch ist er, den die Historie hingesucht hat, selbst ein Stückchen Geschichte geworden.

VORWÄRTS Jugend und Kultur Peter Handke: „Hic Rodos hic salta“ (Hier stehe ich - ich kann nicht anders)

„Da hat der Sozialismus in Österreich entsetzlich versagt.“ So empfindet es nicht nur Peter Handke, angesichts der nackten, geilen Kriegsstimmung, die sich auch in Österreich angesichts der ersten Anzeichen eines zerfallenden Jugoslawiens breit machte. „Und ordentlich wurde da mitgetan am zerfall von Jugoslawien. Unverzeihlich, für ewig unverzeihlich. Ich hab mein Leben lang nicht so etwas Schreckliches erlebt. Ich dachte, das gehörte für immer der Vergangenheit an.“

Peter Haumer
Metallarbeiter
Betriebsratsobmann

So schreibt Peter Handke weiter, der mit seiner Ballade „Gerechtigkeit für Serbien“ wieder den Weg der Rebellion einschlägt und damit in der besten Tradition, die Kunst und Literatur hervorgebracht hat. Wie kann es auch anders sein, drückt doch der Mensch in der Kunst sein Verlangen nach einem harmonischen und erfüllten Leben aus, und deswegen enthält jedes echte Kunstwerk einen Protest gegen die Wirklichkeit, sei es nun bewußt oder unbewußt, aktiv oder passiv, optimistisch oder pessimistisch.

Termine

2.4.96: „Die politische Situation in der Türkei“ mit einem türkischen Referenten in der JRE-Wien Süd.

2.4.96: „Die JRE-Wien Nord diskutiert: „Warum gehen wir am 20. April auf die Straße?“

12.4.96: „Sozialismus und Rappchenfest“ ist die Antwort der SJ-Barrikade auf das, von der Kirche gewünschte, Veranstaltungsverbot das im Oberösterreich am Karfreitag herrscht.

16.4.96: „Mehr Sicherheit durch mehr Polizei?“ fragt sich die JRE-Wien Mitte.

17.4.96: „Gibt es eine Zukunft für Sozialarbeit und Soziyalprojekte?“ fragt sich der GewerkschaftsStammstisch.

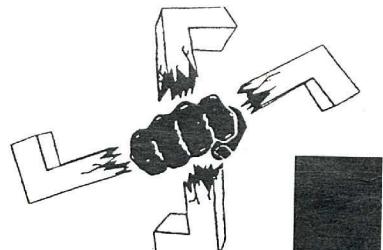
18.4.96: Über „Fahrgäldlans gegen Rechts“ diskutiert die JRE-Wien Ost.

26.4.96: Über die als „Vereinigungssekte“ getarnte „Moon Sekte“ informiert die JRE-Wien West.

Seite 6

Seite 7

Seite 6



BRE-GEH!

Riesenwirbel um Rücktrittsforderung an Welser Bürgermeister Bregartner

Nach der Veröffentlichung eines Artikels des SJ-Wels Stadtvorsitzenden und Vörwärts-Aktivisten in der Februarausgabe des Vörwärts ist es zum Eklat zwischen der SJ und der Bürgermeister-Clique rund um (Karl) Bregartner gekommen.

von Ali Kropf,
SJ-Barricade

In diesem Artikel forderten wir die Absetzung Bregartners unter anderem deswegen, weil er seit Jahren SS-Veteranen und dem deutschnationalen ÖTB (Österreichischer Turnerbund) die Stange hält. Nebenbei stellt er sich eindeutig auf die Seite des Welser Verkehrunternehmens Sab-Tours, das sich an Schwarzarbeit bereichert und gratuliert Landeshauptmann Pühringer (Betonierer) für seine Standhaftigkeit in Lambach.

Drohungen!

Natürlich ist so einem Bürgermeister eine aktive sozialistische Jugendgruppe wie die SJ-Barricade ein mächtiger Dorn im Auge. Darum versuchen Bregartner und seine Freun-

de nun, der SJ-Barricade das Messer an den Hals zu setzen. Mit Androhungen von Sanktionen, wie zum Beispiel dem Streichen der Subventionen von der Stadt, und interner Hetze soll die seit Jahren unliebsame SJ-Barricade mundtot gemacht werden.

Einfach nicht still zu kriegen

Aber anstatt für einige Zeit unterzutauchen und Gras über die Sache wachsen zu lassen, wie uns von einigen Seiten empfohlen wurde, gingen wir erneut in die Offensive. Natürlich wäre ein Verlust der Subventionen für uns ein schwerer Schlag. Aber unsere politische Arbeit richtet sich nicht nach dem Ausmaß der Subventionen, und so wurde von der SJ-Barricade beschlossen, die „Bre, Geh!“ - Kampagne weiterzuführen. Mit Unterschriftenlisten und Flugblätteraktionen in der Welser Innenstadt wand-

ten wir uns an die Bevölkerung.

Mittlerweile waren auch die Medien auf uns aufmerksam geworden. Das Radio berichtete dreimal in den Landesnachrichten und das Fernsehen in ORF-Heute vom „Streit“ zwischen der SJ und der Bürgermeister-Clique. Schließlich berichtete auch die größte Welser Lokalzeitung, mit ihrem bürgermeistertreuen Schreiberling, auf Seite 2.

Originalität: *Das Klima zwischen Bregartner und der SJ ist auf einem Nullpunkt angelangt, seit der Bürgermeister von einem ultralinken Pressorgan namens den SP böse Tiefschläge in Empfang nehmen mußte.*

Als Kuriosum wird in diesem Artikel weiters erwähnt, daß die SP'ler den Subventionen für den ÖTB einstimmig zustimmen, der Unterstützung für die SJ aber nur mit Vorbehalten, um uns zu erpressen.

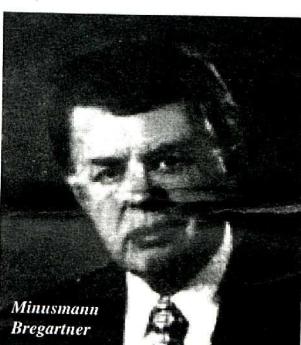
Bregartner ist nicht die SP!

Auf jeden Fall darf man aber nicht die ganze Welser SP mit Bregartner und seinem Clan in einen Topf wer-

fen. Denn wie wir selbst feststellten, gibt es Stimmen, die unsere Forderungen unterstützen. So verkaufen wir bei einer internen SP-Veranstaltung im Linzer Design-Center in nur 15 Minuten rund 20 VORWÄRTS.

Nicht ihnen gilt unser Kampf, sondern den Verteidigern von Nazi-Symbolen, SS-Veteranen und dem deutschnationalen Turnkund. Wir werden uns auf jeden Fall auch durch Subventionsstreichungen nicht kleinkriegen lassen und fordern:

- ⇒ Weg mit Bre und seinem Clan!
- ⇒ Streichung der Subventionen für den ÖTB - das Geld fehlt für Wohnungen und Arbeitsplätze!
- ⇒ Sofortige Beseitigung der „Braunen Flecken“!
- ⇒ Keine weitere Unterstützung für SAB-Tours - öffentlicher Verkehr in öffentliche Hand!
- ⇒ Offensive Politik im Interesse der Jugend. Ausbau und Förderung der Jugend(freizeit)kultur (wie Jugendzentren,...)!



Minusmann
Bregartner

Tulln: Kampf den Naziübergriffen!

Am Freitag, den 22.3.96, bedrohten Nazis mit deutscher Verstärkung linke Jugendliche in Tulln. Die Polizei verweigerte z.B., die bedrohten Jugendlichen zum Bahnhof zu begleiten bzw. gegen die Nazis vorzugehen. Es kam zu mehreren Übergriffen und Verletzungen. Jugend gegen Rassismus in Europa organisierte deshalb für den 30.3.96 eine Kundgebung am Tullner Hauptplatz. Aus Wien mobilisierten wir rund 30 Leute, ein Kleinbus voller JREler kam aus St.Pölten. Die kleine aber feine Kundgebung dauerte rund eine Stunde. Es sprachen VertreterInnen von JRE, SAP, VORWÄRTS und der KPÖ. Während unserer Veran-

staltung war weit und breit kein Faschist zu sehen - offensichtlich trauen sie sich nur aus ihren Löchern, wenn sie sicher sind, daß ihren Glatzen nichts passiert. Da für konnten wir einigen interessierten PassantInnen Flugblätter überreichen. Besonders bedanken möchten wir uns bei Genossen Pilhofer (KPÖ) für seine organisatorische Unterstützung. Wir glauben, daß die Kundgebung ein Erfolg war und für unsere Tullner Freunde ein erster Schritt für den Aufbau einer antifaschistischen Jugendgruppe sein könnte. Denn wie ein Redner sagte: „Jeder Schlag gegen Faschisten in Tulln ist auch ein Schlag gegen die Faschisten in ganz Österreich.“

Rapidfans gegen Rechts

von Reinl

Mitte der 80er Jahre war der Höhepunkt der faschistischen Agitation auf den Fußballplätzen. Hauptbetroffen waren die beiden Wiener Großclubs Rapid und Austria. Die Austria weniger, da sie von den Nazikadern als „Judenverein“ mißachtet wird. Auch heute noch wird das Stadion von Faschos bevölkert (immer wieder zu sehen die beiden Transparente: „Rapid dt.Meister 1941“, „Rapid dt.Cupsieger 1938“). Viele Jugendliche, die das Stadion frequentieren, kommen eher aus der sozialen „Unterschicht“. Aufgrund fehlender Alternativen von links fielen ihre ausländerfeindlichen und rechtsextremen Parolen auf fruchtbaren Boden.

Damit soll jetzt Schluss sein! Nach dem Vorbild der Antifaschistischen Fanclubs aus Deutschland, wo sich die Fanclubs von 17 Vereinen zu einem Dachverband (BAF) „Bund antifaschistischer Fußballfans“ zusammengeschlossen haben, und des Fanclubs „FC Linz Fans gegen Rechts“ hat sich vor kurzem die Initiative „Rapidfans gegen Rechts“ gegründet. Die Ziele der antifaschistischen Rapidler sind: „Agitation gegen Faschisten“, „Ansprechen von Jugendlichen“ und „Nazis raus aus unserem Stadion“. Neben dem Besuch der Meisterschaftsheimspiele

sind noch viele andere Aktivitäten geplant: z.B. Feste, T-Shirts, Aufkleber u.a.

Kein Tor den Faschisten



Antifaschistische Demonstration: 20.4., Wien-Oper, 17.30 Uhr